



ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN (AGB) für Dienstleistungen der A.M.F. Services GmbH

1. Allgemeine Dienstaussführung

(1) Die A.M.F. Services GmbH (kurz AMF) erbringt ihre Tätigkeit als Dienstleistung, wobei sie sich ihres Personals als Erfüllungsgehilfen bedient. Die Auswahl des beschäftigten Personals und die Weisungsbefugnis liegt –mit Ausnahme bei Gefahr im Verzuge- bei der AMF.

(2) Detektivische Dienstleistungen der AMF -wie Ermittlungen, Observationen, Überwachungen- bedürfen dem Nachweis eines „berechtigten Interesses“ seitens des Auftraggebers, insbesondere sofern eine Informationsbeschaffung personenbezogener Daten Dritter Bestandteil der Beauftragung ist. Erst nach einer gewissenhaften Prüfung des Vorliegens des „berechtigten Interesses“ durch die AMF kommt ein Auftrag zustande und kann die Tätigkeit aufgenommen werden.

(3) Bewachungsdienstleistungen der AMF -wie Revierwach-, Separatwach- oder Sonderdienst- sind erlaubnispflichtig nach § 34 a der Gewerbeordnung (GewO). Die AMF weist dem Auftraggeber die entsprechende Erlaubnis auf Verlangen nach.

(4) Die einzelnen Tätigkeiten der Leistungen laut Absatz 3 werden in besonderen Dienstanweisungen oder einer Begehungsvorschrift laut Ziffer 2 der AGB festgelegt, die gegenseitigen Verpflichtungen von Auftraggeber und AMF in besonderen Dienstleistungsverträgen.

(5) Die AMF verpflichtet sich zur Erfüllung aller gesetzlichen, behördlichen, sozialrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen und ist hierfür allein verantwortlich.

2. Begehungsvorschrift

(1) Die Ausführung der Dienste laut Ziffer 1 Abs. 3 der AGB werden, sofern nicht in einer allgemeinen oder besonderen Dienstanweisung geregelt, allein nach der schriftlichen Begehungsvorschrift / dem Alarmplan geregelt. Sie enthält den Anweisungen des Auftraggebers entsprechend die näheren Bestimmungen über die Rundgänge, Kontrollen und die sonstigen vorzunehmenden Dienstverrichtungen. Änderungen und Ergänzungen der Begehungsvorschrift / dem Alarmplan bedürfen der schriftlichen Vereinbarung. Nur soweit unvorhersehbare Notfälle es erfordern, kann in Einzelfällen von den Bestimmungen der Begehungsvorschrift / dem Alarmplan abgewichen werden.

(2) Für den Fall einer Abweichung ist die AMF dem Auftraggeber gegenüber meldepflichtig.

3. Schlüssel und Notfallanschriften

(1) Der Auftraggeber stellt die für den Dienst erforderlichen Schlüssel rechtzeitig und kostenlos zur Verfügung.

(2) Für Schlüsselverluste und für vorsätzlich oder fahrlässig durch das Dienstpersonal herbei geführte Schlüsselbeschädigungen haftet die AMF im Rahmen ihrer Bewachungs-Haftpflichtversicherung (Ziffer 4).

(3) Der Auftraggeber gibt der AMF die Anschriften bekannt, die bei einer Gefährdung des Objektes telefonisch benachrichtigt werden können. Auch etwaige Anschriftenänderungen müssen umgehend mitgeteilt werden.

(4) In den Fällen einer Beauftragung zur Alarmverfolgung ist vom Auftraggeber die Benachrichtigungsreihenfolge anzuordnen.

4. Haftung und Haftungsbegrenzung

(1) Die Haftung der AMF für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die von ihr oder ihren Organen verursacht werden, ist auf die in Absatz 6 aufgeführten Höchstsummen begrenzt.

(2) Die Haftungsbegrenzung der AMF gilt in jedem Fall, auch für die Fälle leichter oder grober Fahrlässigkeit durch Erfüllungsgehilfen oder durch schuldhaftes Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

(3) Schadenersatzforderungen direkt gegen die Erfüllungsgehilfen der AMF sind ausgeschlossen, sofern diese den Schaden nicht vorsätzlich, grob fahrlässig oder durch Verletzung wesentlicher Vertragspflichten verursacht haben.

(4) Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind Schäden, die durch Tätigkeiten entstehen, die nicht Bestandteil des Dienstleistungsvertrages sind.

(5) Gemäß § 6 Bewachungsverordnung hat die AMF eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Dem Versicherungsvertrag liegen die Allgemeinen Haftpflichtversicherungsbedingungen (AHB) und die Bedingungen für die Versicherung von Bewachungsunternehmen uneingeschränkt zu Grunde.

(6) Die in Absatz 1 genannten Höchstsummen der Versicherung nach Absatz 5 betragen:

- EUR 5.000.000,00** pauschal für Personen- und Sachschäden
 - EUR 3.000.000,00** für Beschädigung/Vernichtung bewachter Sachen
 - EUR 500.000,00** für Vermögensschäden
 - EUR 1.000.000,00** für Abhandenkommen bewachter Sachen
 - EUR 750.000,00** für Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten
-



ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN (AGB) für Dienstleistungen der A.M.F. Services GmbH

5. Haftpflichtansprüche und Beanstandungen

- (1) Schadensersatzansprüche müssen 4 Wochen nach Bekanntwerden des Schadensereignisses
- (2) durch den Auftraggeber, seiner Vertreter oder Erfüllungsgehilfen gegenüber der AMF geltend gemacht werden. Ansprüche außerhalb dieser Frist sind ausgeschlossen.
- (3) Der Auftraggeber gibt der AMF unverzüglich Gelegenheit, alle erforderlichen Feststellungen zur Schadensverursachung, Schadenverlauf oder -höhe zu treffen. Aufwendungen, die dadurch entstehen, dass der Auftraggeber seinen vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht unverzüglich nachkommt, gehen zu seinen Lasten.
- (4) Beanstandungen jeder Art, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Dienstes oder sonstiger Unregelmäßigkeiten stehen, sind unverzüglich schriftlich der Betriebsleitung der AMF zwecks Abhilfe mitzuteilen. Bei nicht rechtzeitiger Mitteilung können Rechte aus solchen Beanstandungen nicht geltend gemacht werden.
- (5) Wiederholte oder grobe Verstöße gegen die Vertragspflichten berechtigen nur dann zur fristlosen Vertragskündigung, wenn die AMF nicht spätestens innerhalb von 7 Werktagen Abhilfe schafft.

6. Vertragsbeginn, Vertragsänderungen

- (1) Der Vertrag ist für die AMF von dem Zeitpunkt an verbindlich, zu dem dem Auftraggeber die schriftliche Auftragsbestätigung zugeht.
- (2) Nebenabreden, Änderungen, Ergänzungen oder Einschränkungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

7. Auftragsdauer

- (1) Der Vertrag läuft –sofern nichts Abweichendes schriftlich vereinbart ist- ein Jahr. Wird er nicht 3 Monate vor Ablauf der Laufzeit gekündigt, so verlängert sich der Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr.

8. Ausführung durch andere Unternehmer

- (1) Die AMF ist berechtigt, in Übereinstimmung mit dem Auftraggeber, sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gemäß §34a GewO zugelassener und zuverlässiger Unternehmen zu bedienen.

9. Entgeltzahlung

- (1) Das Entgelt für den Vertrag ist –sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist- monatlich im Voraus zu zahlen.
- (2) Aufrechnung und Zurückbehaltung des Entgeltes sind nicht zulässig, außer in Fällen einer unbestrittenen oder rechtskräftigen Forderung.
- (3) Bei Zahlungsverzug trotz Mahnung ruht die Leistungsverpflichtung der AMF. Ohne dass der

Auftraggeber von der Zahlung für die Vertragszeit oder vom Vertrag überhaupt entbunden ist. Im Übrigen gilt § 286 Abs. 3 BGB.

10. Preisänderung

- (1) Für den Fall der Veränderung von Lohn- bzw. Lohnnebenkosten, insbesondere durch den Abschluss neuer Tarifvereinbarungen, ist das Entgelt zwischen den Parteien neu festzulegen. Den Nachweis der Veränderungen führt die AMF.

11. Datenschutz

- (1) Für den Datenschutz gelten die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), insbesondere die §§ 27 ff. BDSG in der jeweils gültigen Fassung, sowie § 5 BDSG (Datengeheimnis).
- (2) Bei Nichteinhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen finden die Haftungsregelungen der Ziffer 4 der AGB Anwendung.

12. Unterbrechung der Leistung

- (1) Im Falle von Krieg, Streik, Unruhen und anderen Fällen höherer Gewalt kann die AMF den Dienst, soweit dessen Ausführung unmöglich wird, unterbrechen oder zweckentsprechend umstellen.
- (2) Im Falle der Unterbrechung ist die AMF verpflichtet, die Entgeltforderung entsprechend zu kürzen.

13. Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Ist der Auftraggeber Kaufmann, eine juristische Person im Sinne des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, so ist Erfüllungsort und Gerichtsstand der Sitz der AMF, ausdrücklich auch für den Fall, dass

- a) die im Klagewege in Anspruch zu nehmende Partei nach Vertragsabschluss ihren Sitz, Wohnort und / oder gewöhnlichen Aufenthaltsort verlegt.
- b) Ansprüche aus dem Vertragsverhältnis im Wege des Mahnverfahrens geltend gemacht werden.

14. Schlussbestimmung

Falls einzelne Bestimmungen dieser AGB rechtsunwirksam sein sollten, sollen sie so umgedeutet werden, dass der mit der ungültigen Bestimmung verbundene wirtschaftliche Zweck erreicht wird. Die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen wird dadurch nicht berührt.

Stand: 1. Januar 2020



GENERAL TERMS AND CONDITIONS (GTC) for Services of A.M.F. Services GmbH

1. General execution of services

(1) A.M.F. Services GmbH (AMF for short) provides its activities as a service, using its personnel as vicarious agents. With the exception of imminent danger, the AMF shall be responsible for the selection of the personnel employed and the authority to issue instructions.

(2) AMF's detective services - such as investigations, observations, surveillance - require proof of a "legitimate interest" on the part of the client, in particular if the procurement of information on personal data of third parties is part of the assignment. Only after a conscientious examination of the existence of the "legitimate interest" by the AMF does an order come into effect and the activity can be commenced.

(3) Guard services provided by AMF - such as district guard, separate guard or special services - are subject to authorization in accordance with § 34 a of the German Trade Regulation Act (GewO). The AMF will provide the client with evidence of the relevant permit on request.

(4) The individual activities of the services in accordance with paragraph 3 will be specified in special service instructions or an inspection regulation in accordance with Section 2 of the General Terms and Conditions, the mutual obligations of the Client and AMF in special service contracts.

(5) AMF undertakes to fulfil all legal, official, social and professional association obligations and is solely responsible for this.

2. Inspection regulations

(1) The execution of the services according to section 1 paragraph 3 of the GTC shall be governed solely by the written inspection regulations / alarm plan, unless regulated in a general or special service instruction. In accordance with the client's instructions, it contains more detailed provisions on the tours, inspections and other services to be performed. Changes and additions to the inspection regulation / alarm plan require a written agreement. In individual cases, deviations from the provisions of the inspection regulation/alarm plan can only be made in the event of unforeseeable emergencies.

(2) In the event of a deviation, the AMF is obliged to notify the Client.

3. Keys and emergency addresses

(1) The client shall provide the keys required for the service in good time and free of charge.

(2) AMF is liable for key losses and for key damage caused intentionally or negligently by the service personnel within the scope of its security guard liability insurance (Section 4).

(3) The Client shall provide the AMF with the addresses which can be notified by telephone in the

event that the property is endangered. Any changes of address must also be notified immediately.

(4) In the event that the AMF is commissioned to monitor the alarm, the Ordering Party shall order the sequence of notification.

4. Liability and limitation of liability

(1) The liability of the AMF for personal injury, property damage and financial losses caused by it or its organs is limited to the maximum amounts specified in paragraph 6.

(2) The limitation of liability of AMF applies in all cases, including cases of slight or gross negligence by vicarious agents or culpable breach of essential contractual obligations.

(3) Claims for damages directly against the vicarious agents of AMF are excluded, unless they have caused the damage intentionally, through gross negligence or through the culpable breach of essential contractual obligations.

(4) Excluded from insurance coverage are damages caused by activities that are not part of the service contract.

(5) In accordance with § 6 of the Guard Ordinance, the AMF has taken out liability insurance. The insurance contract is based on the General Liability Insurance Conditions (AHB) and the Conditions for the Insurance of Guarding Companies without restrictions.

(6) The maximum insurance sums mentioned in paragraph 1 are the maximum sums insured according to paragraph 5:

- a) EUR 5,000,000.00 lump sum for personal injury and property damage
- b) EUR 3.000.000,00 for damage/destruction of guarded objects
- c) EUR 500,000.00 for financial losses
- d) EUR 1.000.000,00 for loss of guarded items
- e) EUR 750,000.00 for loss of keys and code cards

5. Liability claims and complaints

(1) Claims for damages must be filed 4 weeks after the damage event has become known.

(2) by the Client, his representatives or vicarious agents against AMF. Claims outside this period are excluded.

(3) The Principal shall immediately give AMF the opportunity to make all necessary determinations regarding the cause of the damage, the course or amount of the damage. Expenses incurred as a result of the fact that the Ordering Party does not or not immediately fulfil his above obligations shall be borne by him.

(4) Complaints of any kind in connection with the performance of the service or other irregularities must be reported immediately in writing to the AMF management for the purpose of remedy. If such notification is not made in good time, rights arising from such complaints cannot be asserted.



ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN (AGB) für Dienstleistungen der A.M.F. Services GmbH

(5) Repeated or gross breaches of contractual obligations only entitle the AMF to terminate the contract without notice if the AMF does not remedy the situation within 7 working days at the latest.

6. Commencement of the contract, amendments to the contract

(1) The contract is binding for AMF from the time when the written order confirmation is received by the client.
(2) Subsidiary agreements, amendments, additions or restrictions to the contract must be made in writing.

7. Order duration

(1) Unless otherwise agreed in writing, the contract shall run for one year. If it is not terminated 3 months before the end of the term, the contract shall be extended by a further year.

8. Execution by other entrepreneurs

(3) The AMF is entitled, in agreement with the Client, to make use of approved and reliable companies to fulfil its obligations in accordance with §34a GewO.

9. Payment of fees

(1) Unless otherwise agreed in writing, the fee for the contract is payable monthly in advance.
(2) Offsetting and retention of the remuneration is not permitted, except in cases of an undisputed or legally binding claim.
(3) In the event of late payment despite reminder, the obligation to perform on the part of AMF is suspended. Without the client being released from payment for the contractual period or from the contract at all. In all other respects § 286 para. 3 BGB shall apply.

10. Price change

(1) In the event of a change in wage costs or ancillary wage costs, in particular through the conclusion of new collective agreements, the remuneration shall be redefined between the parties. The AMF shall furnish proof of the changes.

11. Data protection

(1) Data protection shall apply to the provisions of the EU Data Protection Basic Regulation (DSGVO) and the Federal Data Protection Act (BDSG), in particular §§ 27 ff. BDSG in the respective valid version, as well as § 5 BDSG (data secrecy).
(2) In the event of non-compliance with data protection regulations, the liability provisions of section 4 of the GTC shall apply.

12. Interruption of the service

(1) In the event of war, strike, riot and other cases of force majeure, the AMF may interrupt the service to

the extent that its execution becomes impossible, or convert it for the intended purpose.

(2) In the event of such interruption, the AMF is obliged to reduce the fee claim accordingly.

13. Place of performance and jurisdiction

(1) If the Client is a merchant, a legal entity under public law or a special fund under public law, the place of performance and jurisdiction is the registered office of AMF, expressly also in the event that

a) the party to be claimed against in legal proceedings moves its registered office, place of residence and/or habitual abode after conclusion of the contract.

b) claims arising from the contractual relationship are asserted by way of a dunning procedure.

14. Final provision

If individual provisions of these GTC should be legally invalid, they shall be reinterpreted in such a way that the economic purpose associated with the invalid provision is achieved. The validity of the remaining provisions shall not be affected thereby.

Status: 1 January 2020
